

Polkowski, Andreas

Article — Digitized Version

Russland: verheerende Bilanz

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Polkowski, Andreas (1999) : Russland: verheerende Bilanz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 79, Iss. 6, pp. 330-331

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40350>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Rußland: Verheerende Bilanz



Andreas Polkowski

Die Nachfolgerin der Sowjetunion – die Russische Föderation – kann sich nach dem Zusammenbruch des Sozialismus wirtschaftlich und politisch immer noch nicht zurechtfinden. Während die meisten ihrer früheren Satellitenstaaten den Wandel von der Plan- zur Marktwirtschaft erfolgreich meistern – einigen von ihnen hat die Europäische Union bereits funktionsfähige Marktwirtschaften bescheinigt –, versinkt Rußland allmählich im Chaos und in der Korruption. Zwar haben alle bisherigen russischen Regierungen nach 1991 – in sieben Jahren fünf Wechsel an der Spitze und Dutzende Regierungsumbildungen – Marktwirtschaft und Demokratie beschworen, aber jeweils bestenfalls nur Reformstückwerk hinterlassen, das den wirtschaftlichen Abstieg noch begünstigte.

Die Bilanz der letzten sieben Reformjahre ist verheerend: Das Bruttoinlandsprodukt ist 1998 rund 40% niedriger als 1991. Die Industrieproduktion wies in derselben Zeit einen Rückgang um rund 50% auf. Die Inflationsrate lag im Jahre 1998 bei 84% und steuert wieder auf eine Zahl in dreistelliger Höhe zu. Die Auslandsinvestoren ziehen sich zurück und werden wohl auf längere Zeit einen Bogen um Rußland machen. Auf der jüngsten Bonitätsliste des Institutional Investors, der weltweit engagierten Banken, Wertpapierhäuser und Investmentfonds, nimmt Rußland unter den 136 bewerteten Ländern den 104. Platz ein, d.h. noch vor Nigeria, aber deutlich hinter Swasiland und Simbabwe. Die Staatsschulden Rußlands erreichten 1998 fast 200 Mrd. \$ und haben sich gegenüber 1991 fast verdoppelt. Aus eigener Kraft kann das Land seinen Finanzverpflichtungen gegenüber internationalen Organisationen nicht nachkommen. Über Rußland hängt das Damoklesschwert einer allgemeinen Zahlungsunfähigkeit.

Die bruchstückhaften Reformen und die durch Gruppeninteressen geprägten politischen Auseinandersetzungen schufen einen fruchtbaren Boden für fragwürdige Privatisierungen, Gesetzesverletzungen und Bestechlichkeit. Es entstand eine kleine, aber mächtige Gruppe von Neureichen, die es verstanden hat, ihr Privateigentum quasi aus der Volkswirtschaft herauszulösen und nur für sich arbeiten zu lassen. Überwiegend unrechtmäßig wurden wesentliche Teile der Erlöse aus der verkauften Produktion und die erwirtschafteten Gewinne nicht in die Betriebe zurückgeführt bzw. nicht reinvestiert, sondern am Staat vorbei ins Ausland gebracht. Nach Schätzungen des russischen Wirtschafts- und des Innenministeriums haben in den letzten fünf Jahren bis zu 250 Mrd. \$ illegal das Land verlassen. Die Korruption ist in Rußland auf allen Machtebenen gegenwärtig. In einer Liste der korruptesten staatlichen Institutionen tauchen sowohl die Zollbehörde, die Verkehrspolizei und verschiedene lizenzgebende Behörden als auch die Zentralbank, die Administration des Präsidenten und die Regierung auf. Der jüngsten Untersuchung der internationalen Anti-Korruptionsorganisation Transparency International zufolge belegt Rußland unter 85 Ländern den wenig ruhmreichen Platz 76 und steht auch in dieser Rangliste – der einzige Trost – noch vor Nigeria.

Die jüngsten Machtkämpfe in Moskau und die Entlassung von Jewgenij Primakow haben die Wirtschaft erneut verunsichert. Auch wenn Primakow kein Reformler war, hat er sich zumindest bemüht, die Wellen nach der Finanzkrise vom August 1998 zu glätten. Er genoß

auch politisches Vertrauen und hohes Ansehen. Seine achtmonatige Amtszeit wird in die Geschichte der russischen Reformen als eine Stagnationsphase eingehen. Sein Nachfolger im Amt, Sergej Stepaschin, ist der fünfte Ministerpräsident von Jelzins Gnaden. Die neue Regierungsmannschaft, die nach einem Gezerre um die wirtschaftspolitischen Ämter nun endlich steht, wird nach außen als Kabinett der Reformer und Technokraten präsentiert. Die ihr angehörenden Minister, einschließlich des Regierungschefs, sind zwar keine neuen Gesichter auf der politischen Bühne, wirken aber etwas farblos. Es ist daher fraglich, ob sie die nötige Kompetenz und Entschlossenheit aufbringen werden, um den Berg ungelöster Aufgaben der Reformpolitik aufzuarbeiten.

Angetreten ist der neue Ministerpräsident mit dem ehrgeizigen Anspruch, den Reformprozeß zu intensivieren sowie die Korruption und Kriminalität zu bekämpfen. Er will auch für soziale und politische Stabilität sorgen und „ein Fundament für die legen, die nach uns kommen“. Wenn man jedoch bedenkt, daß ihm bestenfalls – vorausgesetzt Jelzin läßt ihn nicht früher fallen – die Zeit bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen im Jahre 2000 zur Verfügung steht und dabei noch harte politische Auseinandersetzungen im Vorfeld der Wahlen zu erwarten sind, scheint es kaum realistisch zu sein, daß die notwendigen Strukturreformen nun in Gang kommen und daß er mehr Erfolg bei der Überwindung der russischen Dauerkrise haben wird als sein Vorgänger Primakow.

Vorerst werden sich die Aktivitäten der Stepaschin-Regierung auf die Freigabe eines noch unter Primakow geschnürten IWF-Kreditpakets über knapp 4,5 Mrd. \$ konzentrieren. Die Auszahlung dieses Kredits ist an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, deren Umsetzung die Finanzlage des föderalen Haushalts verbessern soll. Hierzu gehören u.a. die Erhöhung der Akzisen auf Benzin um 150% und auf Wodka um 20%, die Verschiebung einer Mehrwertsteuersenkung auf 20% und ein umstrittenes Tankstellengesetz, das eine pauschale Besteuerung von Zapfsäulen vorsieht. Zu den Bedingungen zählen auch die Zusammenlegung des gespaltenen Devisenhandels, gleiche Rechte für ausländische Investoren und zügige Konkursverfahren gegen säumige Steuerzahler. Erst kürzlich hat die Duma zwei Gesetze über die Bankenumstrukturierung und über die Besteuerung der Kraftfahrzeuge nach Hubraumgröße verabschiedet.

Die Freigabe des IWF-Kredits wird den Weg für Umschuldungen im Londoner und im Pariser Club freimachen und die Aufnahme der Verhandlungen über suspendierte Kreditprojekte der Weltbank ermöglichen. Mit dem Ex-Finanzminister Michail Sadornow, der als Erster Vizepremierminister für die Wirtschaftspolitik verantwortlich ist, wurde ein kompetenter Partner für Verhandlungen mit den internationalen Finanzorganisationen gefunden. Der Westen ist willig, Rußland zu helfen. Schließlich braucht er ein stabiles Rußland an den Ostgrenzen der erweiterten Euro-Zone, und er braucht Rußland als Verbündeten auf dem Balkan.

Frisches Geld und Erfolge bei der Schuldenrestrukturierung könnten Rußland eine Verschnaufpause im Kampf gegen die Dauerkrise verschaffen. Bei den Reformen selbst würden sie jedoch wenig bewirken. Hier wäre ein vielfältig verflochtenes Konzept vonnöten, das bei der verfassungsmäßigen Neuordnung der demokratischen Strukturen ansetzen müßte. Dabei ginge es sowohl um die Neuordnung der Macht zwischen dem Präsidenten, der Duma und der Regierung als auch um die territoriale Neugliederung der Föderation. Ziel der territorialen Neugliederung sollte es sein, die Zahl der Regionen drastisch zu verringern, um damit handlungsfähige Strukturen zu bilden, deren Beziehungen zu Moskau eindeutig zu fixieren und letztendlich einen sicheren Rahmen für wirtschaftliche Reformen zu schaffen.

Aufgrund der bevorstehenden Wahlen wird sich in Rußland in Sachen Reformen auch unter Stepaschin wenig bewegen. Vielleicht wird das eine oder andere Gesetz verabschiedet, und vielleicht werden die ausstehenden Löhne der einen oder anderen Berufsgruppe ausbezahlt. Grundsätzlich bleibt nur zu hoffen, daß komplexe Reformen in der Nach-Jelzin-Ära Tritt fassen und daß das wirtschaftliche Chaos sowie der Prozeß der Degradierung Rußlands zu einer regionalen Mittelmacht aufgehalten wird. An der Schwelle zum neuen Jahrhundert braucht Rußland die Konsolidierung aller gesellschaftlichen Kräfte, die sich für eine grundlegende Erneuerung der Wirtschaft und Gesellschaft einsetzen.